CDU-Wirtschaftsrat: Mehr Kernkraft, weniger Soziales

Kassen sollen Zahnbehandlung und Kieferorthopädie nicht mehr zahlen / Spätere Rente, „Grundsicherung stutzen'

itz. BERLIN. Viele CDU-Wähler werfen ihrer Partei vor, sich in der Bundesregierung nicht ausreichend um die Wirtschaft und die Sozialsysteme zu kümmern. Die Union müsse Wachstum, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit fördern, etwa durch geringere Steuern, Abgaben und Bürokratie, und zugleich dafür sorgen, dass Infrastruktur, Digitalisierung, Forschung und Bildung ausgebaut würden. Stattdessen lasse sich die Union vom Koalitionspartner SPD in den notwendigen Vorhaben bremsen, sodass wenig Besserung für den Standort Deutschland zu erwarten sei.

Der Wirtschaftsrat der CDU hält diesem Eindruck jetzt einen Katalog mit weitgehenden und auch unpopulären Reformvorschlägen entgegen. So will man sich dafür einsetzen, dass die Kernkraft zurück ans Netz geht und die zahnärztlichen sowie kieferorthopädischen Behandlungen nicht länger von den Krankenkassen bezahlt werden. Das Arbeitslosengeld 1, das bisher bis zu zwei Jahre lang gezahlt wird, soll künftig auf maximal zwölf Monate begrenzt sein.

Das zehnseitige Papier, das der F.A.Z. exklusiv vorliegt, trägt den Titel: „Damit auf den Herbst der Reformen ein Frühling des Aufschwungs folgt". Es versteht sich als „Zehn-Punkte-Agenda für einen starken Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland" und knüpft an den von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ausgerufenen „Herbst der Reformen" sowie an die „Agenda 2010" des früheren Kanzlers Gerhard Schröder (SPD) zur Belebung des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme an.

So verlangt der Wirtschaftsrat, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu knüpfen – also länger zu arbeiten – und die Frühverrentung einzuschränken. Für ähnliche Forderungen in der F.A.Z. hatte Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) viel Kritik erfahren, auch aus den eigenen Reihen. Die Sprache des Wirtschaftsrats ist teilweise kämpferisch-salopp, zum Beispiel wenn er verlangt, die Grundsicherung „zurechtzustutzen". Transferempfänger, etwa im Bürgergeld, seien stärker zu fordern, indem sie Eigenanstrengungen zur Arbeitsaufnahme selbst nachweisen müssten.

„Der Herbst der Reformen muss beherzt umgesetzt werden", sagt dazu Wolfgang Steiger, der Generalsekretär des Wirtschaftsrats. „Alles andere wäre für die Glaubwürdigkeit dieser Regierung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft brandgefährlich." Mit ihren hohen Steuern, Arbeits-, Regulierungs- und Energiekosten sei die Bundesrepublik derzeit „kein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort", so Steiger, der auch Kritik an der Union übt: „Schuldenfinanzierte staatliche Ausgabenprogramme werden hieran nichts ändern. Wir brauchen endlich einen Befreiungsschlag mit konsequenten und mutigen marktwirtschaftlichen Strukturreformen." Das Papier kritisiert, dass sich CSU und SPD mit falschen Ansätzen durchgesetzt hätten: „Die positiven Wirkungen der Wachstumsinitiative werden durch die jüngsten Maßnahmen in der Rentenversicherung – etwa Mütterrente und Haltelinie bei 48 Prozent – wieder mehr als zunichte gemacht."

Die Abgabenbegrenzung ist Steiger besonders wichtig. „Hierfür braucht es einen Kurswechsel hin zu mehr Eigenverantwortung in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung", sagt er. In dem Papier heißt es: „Unserem Sozialstaat droht die Überlastung", er sei „eine tickende Zeitbombe". Betriebe und Arbeitnehmer zahlten jetzt schon Rekordbeiträge. In wenigen Jahren werde die Sozialabgabenquote mehr als 50 Prozent betragen. Überdies flössen immer mehr Steuern in die Sozialkassen, etwa für die Rente: „Damit wird nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, sondern auch die Legitimation des Sozialstaats selbst."

Neben der Begrenzung des Arbeitslosengelds auf ein Jahr, neben der langfristigen Kopplung des Renteneintritts an die Lebenserwartung und neben der Beseitigung von Anreizen zur Frühverrentung spricht sich der Rat auch für eine Stärkung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge aus. In der Pflege gelte es ebenfalls, private Zusatzversicherungen stärker einzubinden. In der Unfallversicherung – die der Arbeitgeber allein zahlt – müsse der Arbeitnehmer für die Wege zur Arbeit und zurück selbst die Verantwortung tragen.

Am weitesten gehen die Forderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). „Verschiedene Leistungen lassen sich gut privat absichern oder selbst tragen und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen", schreiben die Autoren. „Dazu zählen beispielsweise generell die zahnärztlichen Leistungen, Kieferorthopädie oder Fahrtkosten für Behandlungen." Das würde auch die kieferorthopädische Behandlung von Kindern und Jugendlichen umfassen; jeder zweite Minderjährige wird derzeit so therapiert.

Zwar sind die Eigenanteile beim Zahnarzt höher als in anderen Praxen, gleichwohl könnten die GKV und ihre Beitragszahler mit den Vorschlägen des Rats viel Geld sparen: Nach Angaben des Ersatzkassenverbands VDEK gaben die Versicherungen 2024 mehr als 18 Milliarden Euro für zahnärztliche Behandlung aus, fast sechs Prozent aller GKV-Ausgaben. Auch die Zuzahlungen beim Arzt will der Wirtschaftsrat ausweiten: „Durch Selbstbeteiligungen sollte das Prinzip der Eigenverantwortung auch in der Krankenversicherung gestärkt werden."

In der Energiepolitik fordert der Rat, dass sich Merz und Reiche bis Weihnachten „gegen eine zaudernde und unwillige SPD" durchsetzen müssten. Es sei nötig, das Erneuerbare-Energien-Gesetz abzuschaffen, um „unfaire Überrenditen" mancher Ökostromerzeuger zu vermeiden. Wie es auch Merz am Freitag anregte, müsse es eine „Abschaffung des Verbrennerverbots" geben. Kernkraftwerke dürften nicht länger abgerissen werden („Rückbaumoratorium"). Stattdessen bedürfe es eines „umfassenden Plans zum Wiederaufbau". Dabei bleibt unklar, ob auch neue Atomanlagen gemeint sind.

Zur Steuersenkung schlägt der Rat vor, den Solidaritätszuschlag für alle abzuschaffen und die Unternehmenssteuern sofort auf 25 Prozent zu deckeln. Statt die Schuldenbremse aufzuweichen, brauche es „deren Verschärfung", was auch „verdeckte Verbindlichkeiten mit berücksichtigt". Damit dürften Nebenhaushalte und Sondervermögen gemeint sein. Der Wirtschaftsrat steht der CDU nahe, ist aber nicht offizieller Teil des Parteigefüges.

Wolfgang Steiger Foto Brauer